Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/1857

16. 07. 82

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

Bericht über die Sondersitzung der Nordatlantischen Versammlung am 31. Mai 1982 in Funchal/Madeira

Die Nordatlantische Versammlung hielt ihre Frühjahrstagung vom 27. bis 31. Mai 1982 in Funchal/Madeira ab. Am 31. Mai fand eine Sonderplenarsitzung mit Aussprache über einen Entschließungsentwurf über das Thema „Ost-West-Beziehungen nach den Ereignissen in Polen: Suche nach einem Konsens im Bündnis" statt.

Bundestag und Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Bundestag:

Mitglieder:

Abgeordneter Prof. Dr. Abelein(CDU/CSU)

Abgeordneter Biehle (CDU/CSU)

Abgeordneter Dr. Geßner (SPD)

Abgeordneter Horn (SPD), Leiter der Delegation

Abgeordneter Dr. Hupka (CDU/CSU)

Abgeordneter Ibrügger (SPD)

Abgeordneter Dr. Marx (CDU/CSU)

Abgeordneter Möhring (SPD)

Abgeordneter Möllemann (FDP)

Abgeordneter Neumann (Stelle) (SPD)

Abgeordneter Petersen (CDU/CSU)

Abgeordneter Rühe (CDU/CSU)

Stellvertretende Mitglieder:

Abgeordneter Francke (Hamburg) (CDU/CSU)

Abgeordneter Jung (Kandel) (FDP)

Abgeordnete Frau Krone-Appuhn (CDU/CSU)

Abgeordneter Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)

Abgeordneter Dr. Lenz (Bergstraße) (CDU/CSU)

Abgeordneter Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)

Abgeordneter Schmidt (Würgendorf) (SPD)

Abgeordneter Voigt (Frankfurt) (SPD)

Abgeordneter Dr. von Wartenberg (CDU/CSU)

Abgeordneter Würtz (SPD)

Bundesrat:

Frau Minister Griesinger (CDU), Baden-Württemberg

Staatsminister Schmidhuber (CSU), Bayern, Stellvertretender Delegationsleiter

Senator Dr. Blüm (CDU), Berlin

Senator Fröhlich (SPD), Bremen

Staatsminister Dr. Günther (SPD), Hessen

Minister Dr. Möcklinghoff (CDU), Niedersachsen

Staatsminister Böckmann (CDU), Rheinland-Pfalz

Minister Dr. Dr. Barschel (CDU), Schleswig-Holstein

In seiner Ansprache zur Eröffnung der Plenarsitzung unterstrich der Präsident der Versammlung der Republik Portugal, **Francisco de Oliveira Dias,** die entschiedene und überzeugte Mitgliedschaft seines Landes im Nordatlantischen Bündnis. Zweifel an dieser Haltung, die sich in der Phase der Revolution zur pluralistischen Demokratie hin erhoben hätten, seien durch Entscheide der großen Mehrheit des Volkes entkräftet. Die geostrategische Lage weise Portugal eine wichtige Position im Bündnis zu. Jedoch basiere die tiefe Verbundenheit seines Landes mit der Atlantischen Allianz auf gemeinsamen kulturellen und gesellschaftlichen Wertvorstellungen. Portugal bedauere es, wann immer die internationale Verständigung auf die Sprache der Waffen zurückfalle und wo immer Menschenrechte unterdrückt oder eingeschläfert würden. Unter den zahllosen Beispielen wolle er nur auf Polen verweisen. Als die größte gegenwärtige Aufgabe seines Landes bezeichnete Präsident de Oliveira den geplanten Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft. Bei diesem Vorhaben wie auch bei der Erfüllung seiner verantwortungsvollen Rolle in der Allianz hoffe Portugal auf den Beistand seiner wirtschaftlich und militärisch fortgeschritteneren Bündnispartner im Geiste

der zu verteidigenden gemeinsamen Werte und Ideale. Vor Eintritt in die Plenardebatte verabschiedete die Versammlung aufgrund des Beitritts Spaniens als 16. Mitglied zum Nordatlantischen Bündnis den Text einer Einladung an die spanische Cortès zur Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Versammlung.

Die Aussprache wurde durch die Berichterstatter Abg. Marks und Abg. Dr. von Wartenberg eingeführt. Abg. **Marks** (Vereinigtes Königreich) kennzeichnete die Lage in Polen und Afghanistan als gefährliche Bedrohungen des internationalen Friedens. Die Entschließung bekräftige das westliche Streben nach Rüstungskontrolle und Abrüstung mit dem Ziel eines Gleichgewichts der Streitkräfte. Es sei noch ungeklärt, wie die britischen und französischen atomaren Abschreckungswaffen bei einem Vergleich dieser Waffen zwischen den USA und der Sowjetunion zu berücksichtigen seien. Anlaß zu Besorgnis gäben die im Bündnis zu Tage getretenen unterschiedlichen Auffassungen über Maßnahmen, mit denen auf die Vorgänge in Polen zu reagieren sei. Die bevorstehende Sondersitzung der Vereinten Nationen über Abrüstung sei insbesondere hinsichtlich der Rüstung mit konventionellen Waffen von großer Bedeutung. Letztere stellten gegenüber den Nuklearwaffen die größere Bedrohung für den Frieden dar.

Abg. **Dr. von Wartenberg** (Bundesrepublik Deutschland) behandelte das Thema unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen, über die es im Bündnis hinsichtlich möglicher Boykottmaßnahmen schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten gebe.

Noch nie hätten Boykotts auf internationaler Ebene ihr Ziel erreicht. Sie könnten gegenüber der Sowjetunion zwar gewisse Schwierigkeiten und Engpässe verursachen, hätten andererseits aber auch so unerwünschte Nebeneffekte wie eine wachsende Abhängigkeit der Ostblockländer von Moskau. Global gesehen falle der Handel mit dem Osten nicht sehr ins Gewicht, doch würden einzelne Wirtschaftsbranchen wie etwa die Stahlindustrie in bestimmten Ländern durch Embargos empfindlich getroffen. Die Verhinderung des Technologietransfers in den Osten stoße dort auf Grenzen, wo entsprechende Produkte sich im Westen auf dem freien Markt befänden. Allerdings müsse der Sowjetunion klargemacht werden, daß eine Ausweitung der für sie so vorteilhaften Wirtschaftsbeziehungen zum Westen nur in einem erheblich verbesserten politischen Klima der Ost-West-Beziehungen stattfinden könne.

Mit Entschiedenheit sollten sich die Mitglieder des Bündnisses für die Fortsetzung der privaten humanitären Hilfe für das polnische Volk einsetzen. Vor allem aber müßten sich die Bündnisländer stärker als bisher um eine Abstimmung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern des Warschauer Pakts bemühen, die bei Wahrung der Handlungsfreiheit des Bündnisses auch auf diesem Gebiet unterschiedlichen nationalen Interessen im Geiste der Gleichberechtigung Rechnung trüge.

Abg. **Sir Patrick Wall** (Vereinigtes Königreich) zog eine Bilanz der Auswirkungen der noch andauernden Falkland-Krise auf das Bündnis. Die Einigkeit der Bündnismitglieder habe eine Bewährungsprobe bestanden und insbesondere die USA hätten dafür politische Nachteile für ihre Südamerika-Politik in Kauf genommen. Zum anderen sei die Bedeutung der Vorwarnzeit deutlich geworden. In nur drei Tagen sei es möglich gewesen, die britische Flotte für ein 13 000 km entferntes Operationsgebiet zu mobilisieren. Andere Erkenntnisse beträfen den Rückgriff auf zivile Einrichtungen, die Bedeutung von senkrechtstartenden Flugzeugen und Anti-Raketen-Flugkörpern sowie gewisse Aspekte im Schiffbau. Schließlich sei auch den Sowjets die Fähigkeit eines NATO-Landes vor Augen geführt worden, außerhalb des NATO-Bereichs zu operieren. Als weitere Schlußfolgerungen fügte Abg. **Duffy** (Vereinigtes Königreich) hinzu, der Konflikt habe gezeigt, daß ein nuklear bewaffnetes Land nicht ein anderes Land von einem Angriff mit konventionellen Waffen abhalten könne und daß Verhandlungen nicht erfolgreich aus einer Position der Schwäche zu führen seien. Die NATO werde nicht nur durch den Warschauer Pakt bedroht, sondern auch durch irrationale Kräfte.

Abg. **Horn** (Bundesrepublik Deutschland) appellierte an die Delegierten, über die klar erkannten bestehenden Schwierigkeiten im Bündnis nicht die Basis der realen politischen Gemeinsamkeiten aus den Augen zu verlieren. Letztere hätten soeben zu dem Beitritt Spaniens geführt. Hauptfrage sei für die Allianz die Sicherstellung eines Gleichgewichts der Kräfte gegenüber dem Ostblock. Dieser habe durch entspannungswidriges Verhalten und massive Aufrüstung das Bündnis vor neue Anforderungen gestellt, denen mit Erhaltung der Abschreckungsfähigkeit bei gleichzeitiger Bereitschaft zur Fortsetzung der Entspannungspolitik zu begegnen sei. Nicht der Westen, sondern der Osten habe durch sein Verhalten den Wert der Entspannung in Frage gestellt. Für eine Neubelebung der Rüstungskontrollpolitik seien von größter Bedeutung die Vorschläge des amerikanischen Präsidenten, nämlich das gesamte Spektrum von den konventionellen bis zu den nuklearen Waffen in Verhandlungen einzubeziehen. Wenn es beispielsweise gelänge, ein konventionelles Gleichgewicht im Rahmen der MBFR-Gespräche auf deutlich niedrigem Niveau und möglichst unter Ausweitung des geographischen Bereichs zu vereinbaren, könnte damit auch die Problematik der nuklearen Gefechtsfeldwaffen verringert werden. Daneben müsse es das Bestreben bleiben, den KSZE-Prozeß im Sinne der Schlußakte von Helsinki weiterzuführen und den Plan der Konferenz für Abrüstung in Europa zu verwirklichen. Es müsse insbesondere das Ziel sein, bei den bestehenden und geplanten Verhandlungen keine Grauzonen mehr entstehen zu lassen, durch die die Ergebnisse einzelner Verhandlungsforen unterlaufen werden könnten.

Der griechische Abg. **Hondrokoukis** vermißte in dem Entschließungsentwurf neben der Nennung der sowjetischen Aggressionen die Erwähnung der Aggressionen in Zypern und auf den Falklandinseln. Ebenfalls sei die Anwendung des Kriegsrechts al-

lenthalben, nicht nur in Polen, zu verurteilen. Die Mitgliedschaft der Türkei in der Versammlung — trotz bestehenden Kriegsrechts in diesem Lande — stelle ein schwerwiegendes Problem dar. Unter diesem Vorbehalt unterstütze er den Entschließungsentwurf.

Abg. **Möllemann** (Bundesrepublik Deutschland) gab dem Wunsch Ausdruck, daß bei zukünftigen Tagungen der Versammlung mehr Zeit für die parlamentarische Aussprache vorgesehen werde. Ferner hoffe er, dann auch wieder türkische Parlamentarier unter den Delegierten zu finden. — Nach seiner Ansicht genüge es nicht, in der vorgesehenen Entschließung lediglich die Erhöhung der Mittel der Verteidigungshaushalte zu fordern. Angesichts der entgegenstehenden Schwierigkeiten müsse vielmehr eine effizientere Verwendung der vorhandenen Mittel erreicht werden durch Überprüfung der bestehenden Konzepte der Verteidigungsleistungen, nicht zuletzt im Hinblick auf eine stärkere Spezialisierung. — Mit Nachdruck unterstrich er die von Vorrednern bereits dargelegte Unwirksamkeit jeder Politik von Wirtschaftssanktionen. — Bei der bevorstehenden NATO-Tagung in Bonn werde es nicht genügen, die Regierungen der Mitgliedsländer des Bündnisses lediglich aufzufordern, die Politik der Entspannung und Abrüstung fortzusetzen; vielmehr sei es notwendig, daß diese selbst konkrete Vorschläge zum Abrüstungsprozeß vorlegten, beispielsweise das Angebot des Abschlusses eines Gewaltverzichtsvertrags an den Ostblock unter ausdrücklichem Verzicht auf den Ersteinsatz sämtlicher Waffen. Und schließlich halte er den Gedanken einer atomwaffenfreien Zone vom Atlantik bis zum Ural für diskussionswürdig.

Abg. **Desmorets** (Belgien) und Abg. **Knudsen** (Norwegen) forderten, den friedenserhaltenden Charakter des Bündnisses stärker gegenüber pazifistischen Strömungen darzustellen. Abg. **Close** (Belgien) bat die Versammlung, in ihrer Entschließung deutlich die vier neuralgischen Punkte hervorzuheben: den fortgesetzten sowjetischen Expansionismus, das strategische, eurostrategische und konventionelle Ungleichgewicht im Ost-West-Verhältnis, das Anwachsen pazifistischer Bewegungen, die den Graben zwischen den Vereinigten Staaten und Europa zu vertiefen geeignet seien, und die Besorgnis der Öffentlichkeit um die Gefahr eines dritten Weltkrieges im kommenden Jahrzehnt. Ferner solle die Versammlung zur verstärkten konventionellen Rüstung, zum Aufbau einer Zivilverteidigung und zu einer festen moralischen Haltung aufrufen.

Abg. **Biehle** (Bundesrepublik Deutschland) begrüßte es, daß die Versammlung das Ost-West-Verhältnis in diesem Zeitpunkt zum Thema der öffentlichen Aussprache gewählt habe. Allzu schnell gerieten die Handlungen der Sowjetunion in Afrika, Afghanistan und Polen bei unseren Bevölkerungen in Vergessenheit, obwohl diese bewiesen, daß den Regimen des Ostblocks Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung nichts gelten. Während zahllose Bürger in den Ländern des Westens für den Frieden demonstrierten, würden derartige Demonstrationen in den Ostblockländern mit Gefängnis und Repressalien geahndet. Diese Realität müsse unseren eigenen Bürgern stärker vor Augen geführt werden, damit das Bündnis auch in Zukunft seine Aufgabe der Erhaltung von Frieden und Freiheit erfüllen könne. Angesichts der Freude über den Beitritt Spaniens zum Bündnis müsse auch der Hoffnung auf eine baldige Rückkehr der türkischen Delegation in die Versammlung Ausdruck gegeben werden.

Abg. **Matos da Gama** (Portugal) bedauerte die mangelnde Geschlossenheit des Bündnisses. Die politischen Vorgänge in der Türkei seien nicht klar verurteilt worden, die schnellen Umschwünge in der öffentlichen Meinung in den USA wiesen auf Führungsschwäche hin, und mangelnde Solidarität offenbare sich in der Anwendung von Konsultationsverfahren gegenüber den kleineren Mitgliedstaaten.

Abg. **Levitas** (USA) hielt politische und wirtschaftliche Sanktionen für die richtigen Antworten auf sowjetische Aggressionen. Die Aufhebung des Getreideembargos der USA sei daher ein Fehler gewesen. Zum gleichen Thema äußerte Senator **Mathias** (USA), den USA würde die Billigung des Projekts der sowjetischen Erdgasleitung leichter fallen, wenn sie in Zukunft sicher sein könnten, daß derartige Projekte rechtzeitig in der Allianz abgestimmt würden. Die Zeiten einseitiger US-Entscheidungen gehörten der Vergangenheit an; das bewiesen die Bereitschaft der Vereinigten Staaten zur Teilnahme an den INF-Gesprächen, die Wiederaufnahme der START-Verhandlungen, der Verzicht auf die Bankrotterklärung Polens, die Begrenzung ihrer Maßnahmen gegen die Erdgasleitung sowie neue Initiativen in den MBFR-Gesprächen.

Abg. Frau **Boniver** (Italien) erklärte, die Polenkrise sei nur ein neues Beispiel dafür, wie die Sowjets einseitige Entspannungsbemühungen beantworteten. Zwar stellten Wirtschaftssanktionen ein diffiziles Instrument dar, dennoch sei die Zustimmung einiger Mitgliedsländer zum Projekt der sowjetischen Erdgasleitung ein Fehler. — Der beste Schutz gegen sowjetische Aggressionen läge für Europa und die Bundesrepublik Deutschland in der nuklearen Abschreckung.

Kritisch äußerte sich Abg. **Blaikie** (Kanada) über die Möglichkeit seines Landes, in der Allianz einen unabhängigen Standpunkt vertreten zu können. Das Bündnis dürfe nicht ausschließlich als ein Mittel zur Verteidigung freier Wirtschaftstätigkeit durch die USA verstanden werden.

Abg. **Huyghues des Etages** (Frankreich) sagte, sein Land lege Wert darauf, in der Allianz als treuer Bündnispartner seine Entscheidungsfreiheit zu wahren wie im Falle der Kuba-Krise und des jetzigen Falklandkonflikts. Hinsichtlich der Abrüstung müßten zunächst die beiden Supermächte ihre Arsenale beträchtlich reduzieren, bevor andere Mächte sich an derartigen Gesprächen beteiligen könnten. Im Bündnis sei ein amerikanischer Dirigismus nicht akzeptabel; andererseits müßten die Europäer nach dem Beispiel Frankreichs noch mehr Initiative und Mittel in das Bündnis einbringen, um dessen Zusammenhalt sicherzustellen. Abg. **Marcus** (Frankreich)

betonte die Einmütigkeit aller in der französischen Delegation vertretenen Parteien hinsichtlich der Sicherheitspolitik. Die Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen mit ihren automatischen Mehrheiten könne zu keinen sinnvollen Gesprächen führen.

Abg. **Francke** (Bundesrepublik Deutschland) unterstrich im Hinblick auf vorangegangene, sicherlich berechtigte kritische Äußerungen über die Verhältnisse in der Türkei die dort ebenfalls wahrnehmbaren positiven Entwicklungen. Nach wie vor sei die Türkei an der Verteidigung der Freiheit im Bündnis beteiligt — auch der Freiheit ihrer Kritiker. Die Solidarität des Bündnisses und dieser parlamentarischen Versammlung, die in der Vergangenheit dazu beigetragen habe, daß manche der Anwesenden heute wieder ihren Platz als freigewählte Parlamentarier einnehmen könnten, müsse auch dem türkischen Volk bei seinem Bemühen um Rückkehr zur Demokratie gewährt werden, damit eine türkische Delegation wieder an der nächsten Tagung der Versammlung teilnehmen könne.

General B. W. **Rogers** (Oberster Alliierter Befehlshaber in Europa), der als Beobachter an der Tagung teilnahm und auf Einladung des Präsidenten sprach, erklärte, der militärische Teil des Bündnisses sei angewiesen auf eindeutige politische Richtlinien. Mit Bedauern habe er im Verlauf der Tagung unklare Äußerungen hinsichtlich des Verhältnisses der Stärke der konventionellen Streitkräfte zur nuklearen Schwelle registriert. Die Aussprachen hätten als Ziel des Bündnisses die Erhaltung von Frieden und Freiheit in einer stabilisierten internationalen Lage herausgestellt. Dies könne nur durch gleichgewichtige und verifizierbare Verminderungen sowohl der konventionellen als auch der nuklearen Waffen erreicht werden. Und solches liege auch im wohlverstandenen Interesse der Sowjetunion. Die Voraussetzungen für diesen Weg lägen auf politischem wie militärischem Gebiet. Politisch seien Geschlossenheit und Solidarität, Beilegung der transatlantischen Meinungsverschiedenheiten und die Verwirklichung der zweiten Seite des Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 erforderlich, falls die Abrüstungsgespräche scheitern sollten. Es bereite ihm Sorge, daß die Amerikaner für ihre in Europa übernommenen Verteidigungslasten nicht genügend Anerkennung fänden, obwohl ihr Rückzug aus Europa verhängnisvolle Folgen haben müsse. Die militärischen Voraussetzungen bestünden in der Stärke und in der Entschlossenheit, die „flexible Erwiderung“ (flexible response) anzuwenden, die nach wie vor geeignet sei, sofern entsprechende Streitkräfte zur Verfügung stünden. Die Streitkräfte des Warschauer Paktes seien denen der NATO auf allen drei Gebieten überlegen, am meisten jedoch bei den konventionellen Streitkräften. Von Jahr zu Jahr wachse die Überlegenheit.

Die Strategie des ersten hinhaltenden Widerstandes hänge von der Länge der Vorwarnzeit und der Schnelligkeit politischer Entscheidungen ab. Dazu gebe es nur die Alternative starker konventioneller Streitkräfte, die eine erste Angriffswelle so lange aufzuhalten vermöchten, bis das Bündnis seine volle Kraft, insbesondere in der elektronischen Kriegführung entfalten könne. Der Sowjetunion könnte dadurch die Entscheidung aufgezwungen werden, sich zurückzuziehen oder zu eskalieren, welch letzteres ebensowenig in ihrem Sinne liege wie in dem der NATO. Bisher bleibe die Sicherheit des Westens von einer Politik des Ersteinsatzes abhängig. Um jedoch die erforderlichen konventionellen Fähigkeiten aufzubauen, müsse jedes Bündnisland von 1983 bis 1988 jeweils eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben von etwa 4 % erreichen. Die Bevölkerung des Bündnisses von der Notwendigkeit der dazu erforderlichen Opfer zu überzeugen, sei eine entscheidende Aufgabe ihrer gewählten Vertreter.

Dr. J. **Luns** (NATO-Generalsekretär und Vorsitzender des Nordatlantikrates) begrüßte den Beitritt Spaniens zum Bündnis. Besonders wies er auf die schwierige wirtschaftliche Lage des Gastlandes Portugal hin, das selbst unter diesen Umständen das Ziel einer 4 %igen Erhöhung der Verteidigungsausgaben erfülle. Durch den Beitritt Spaniens werde die Bedeutung Portugals für das Bündnis nicht vermindert.

Die Falkland-Krise müsse als ein Beispiel angesehen werden, daß ein westliches Land Gewalt anwende zur Verteidigung grundlegender Prinzipien. Darüber hinaus habe die Krise gezeigt, daß die Kontakte zwischen den Bündnispartnern rasch funktionierten. Hinsichtlich des Polenproblems sei bei allem Bedauern über die Geschehnisse nicht zu übersehen, daß die westliche Sicherheit erhöht und die Sorgen Moskaus gewachsen seien.

Die Versammlung nahm die nachstehende Entschließung an:

Entschließung 121

betr. die Ost-West-Beziehungen nach Polen: Suche nach einem Konsens im Bündnis

Die Versammlung,

betont, daß die Aufrechterhaltung des politischen Zusammenhalts und Konsens innerhalb des Bündnisses ein grundlegender Bestandteil der kollektiven Sicherheit und Abschreckung ist;

unterstreicht, daß die sowjetische Invasion und Besetzung Afghanistans internationale Übereinkommen verletzen und zur derzeitigen Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen insgesamt geführt haben;

verurteilt die auf Veranlassung der Sowjetunion erfolgte Verhängung des Kriegsrechts in Polen, die eine ernste Verletzung der Schlußakte von Helsinki darstellt und ein Beweis dafür ist, daß der sowjetische Einfluß in einer zunehmenden Beteiligung an repressiven Maßnahmen zum Ausdruck kommt;

fordert die derzeitige polnische Führung dringend auf, das Kriegsrecht aufzuheben, alle politischen Gefangenen freizulassen und den Dialog und die Verhandlungen mit der Kirche und Solidarität wiedereinzuleiten;

ist sich bewußt, daß die Entwicklungen in Polen zu spürbaren Meinungsverschiedenheiten bei den Bündnispartnern im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung der Ost-West-Beziehungen geführt haben;

erinnert daran, daß Verteidigung und Entspannung entsprechend den Schlußfolgerungen des Harmel-Berichts sich ergänzende Elemente der Bündnissicherheit sind, und

unterstreicht demzufolge, daß die Bündnissicherheit auf der Aufrechterhaltung des Kräftegleichgewichts zwischen Ost und West sowie auf der Fortsetzung der Ost-West-Gespräche und Verhandlungen auf den verschiedenen Ebenen, insbesondere den Verhandlungen über die nuklearen Mittelstreckenraketen und die strategischen Waffen, sowie auf der Einführung eines wirksamen und ständigen Verifizierungsverfahrens beruht;

bestätigt die Prinzipien des NATO-Vertrages, z. B. die Verteidigung von Freiheit und Demokratie in jedem Mitgliedstaat;

verurteilt alle Akte der Folter und des Terrorismus;

begrüßt die weltweiten Bemühungen im Rahmen der Vereinten Nationen, durch eine Sondersitzung der Vollversammlung über Abrüstung den Frieden zu fördern;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. die notwendigen Mittel für die Erfordernisse des Bündnisses zur Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung und Verteidigung bereitzustellen, und vor allem dringend die Stärkung der konventionellen Streitkräfte und den Aufbau einer angemessenen Zivilverteidigung einzuleiten;

2. die humanitäre Hilfe für das polnische Volk auch weiterhin zu leisten und Vorbereitungen zu treffen, um die Wirtschafts- und Finanzhilfe von staatlicher Seite nach Aufhebung des Kriegsrechts wiederaufzunehmen, und die Beziehungen in den Bereichen der Wissenschaft, Kultur und des Sports zu intensivieren;

3. das Instrumentarium des Bündnisses für Konsultationen, Koordinierung und Zusammenarbeit zu überprüfen, um gemeinsame Ziele besser realisieren und Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten vermeiden zu können;

4. im Bereich der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen eine stärker koordinierte Politik zu erarbeiten, die den Interessen der Mitgliedstaaten Rechnung trägt;

5. die Bemühungen um die Vorbereitung der Sondersitzung der UN-Vollversammlung über Abrüstung 1982 zu koordinieren;

die türkische Regierung dringend aufzufordern, alle politischen Gefangenen freizulassen und die Demokratie wiederherzustellen;

fordert die Staats- und Regierungschefs, die am 10. Juni aus Anlaß des NATO-Gipfels zusammentreffen, dringend auf,

1. das gemeinsame Bekenntnis des Westens zu ernsthaften Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen, die eine größere Stabilität auf einem niedrigeren Rüstungsniveau zum Ziel haben, erneut zu bekräftigen;

2. die Sowjetunion daran zu erinnern, daß die strikte Einhaltung zwei- und mehrseitiger Abkommen insbesondere der Schlußakte von Helsinki, ein maßgebender Faktor für verbesserte Ost-West-Beziehungen ist;

3. der Sowjetunion das Interesse der Bündnisstaaten an dem Ausbau der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens unter verbesserten politischen Umständen zu verstehen zu geben;

fordert alle Staaten, die an der Sondersitzung der UN-Vollversammlung über Abrüstung im Jahre 1982 teilnehmen, dringend auf:

durch spezifische Maßnahmen, nämlich verbesserte vertrauensbildende Maßnahmen, Kontrolle und Beschränkung des Waffenhandels, Unterstützung laufender zwei- und mehrseitiger Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen und verstärkte Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung von Kernwaffen, eine Einigung über weltweite Rüstungskontrolle und Abrüstung herbeizuführen.

Die Jahreskonferenz der Nordatlantischen Versammlung wird vom 14. bis 19. November 1982 in London stattfinden.

Horn
Leiter der Delegation

Schmidhuber
Stellvertretender Leiter der Delegation

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333